

Arztkosten sparen, Überversorgung vermeiden

Arztkosten zu sparen ist nur ein wichtiges Ziel. Ein anderes ist, überflüssige Behandlungen zu vermeiden. Denn sie sind nicht nur unnötig teuer, sondern sie können auch zu Schäden führen und weitere, ebenfalls eigentlich überflüssige Folgebehandlungen nötig machen, die wieder zu Schäden führen können. Leider wird im deutschen Gesundheitswesen viel zu viel Überflüssiges getan. Wissenschaftler - so zum Beispiel der Sachverständigenrat - nennen das "Überversorgung"

Vergütung von Einzelleistungen der Ärzte fördert die Überversorgung

Eine solche Überversorgung kommt vor allem dann zustande, wenn Ärzte, etwa Niedergelassene in freier Praxis, nach Einzelleistungen vergütet werden. Je mehr sie tun, desto mehr verdienen sie. Wer zum Arzt oder Zahnarzt geht, weiß nie ganz genau, ob das, was er vorschlägt oder mit mir tut, medizinisch wirklich notwendig ist - oder ob er daran nur gut verdient

Zweitmeinung durch unabhängige Beratungsstellen

In dieser Situation wären unabhängige Beratungsstellen wichtig, die einem Patienten eine sogenannte "Zweitmeinung" geben, ohne dass sie selbst ein finanzielles Interesse daran haben. In solchen Beratungsstellen müssen natürlich auch Ärzte oder Zahnärzte arbeiten, und zwar solche, die sich davon unabhängig gemacht haben, dass ihre berufsständischen Kollegen an einer Behandlung, die sie beurteilen sollen, verdienen wollen. Wir brauchen also zwei verschiedene Unabhängigkeiten: erstens die äußere Unabhängigkeit der Beratungsstelle von den Organisationen der Leistungserbringer, zweitens die innere Unabhängigkeit der Beschäftigten von ihrer "kollegialen" Einbindung in einen Berufsstand und dessen unausgesprochene Zwänge und Einflüsse.

Das "Heidelberger Modell"

Die Zahnärztliche Patientenberatung im Gesundheitsamt Heidelberg ist ein gutes Beispiel für eine solche unabhängige Beratungsstelle. Sie bietet eine zahnmedizinische Zweitmeinung durch einen angestellten, unabhängigen Zahnarzt sowie bei Bedarf juristische Beratung durch die Verbraucherzentrale. Es wäre sinnvoll, wenn dieses Modell flächendeckend in ganz Deutschland eingeführt würde - nicht nur für die Zahnmedizin

Patientenberatung in öffentlicher Trägerschaft wünschenswert

Die Finanzierung sollte in diesem Fall über die Krankenkassen laufen, denn sie sparen durch solche kritische Beratung vor der Behandlung enorme Kosten. Allerdings sollten die Beratungsstellen auch von den Krankenkassen unabhängig sein, um nicht in den Verdacht zu geraten, den Patienten eigentlich notwendige Leistungen aus finanziellen Gründen zu verweigern. Da bietet sich eine öffentliche Trägerschaft an, beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft unter Federführung unabhängiger, direkt dem Gemeinwohl verpflichteter Institutionen. Eine solche Funktion könnten etwa das Gesundheitsamt oder die Verbraucherzentralen ausüben.

(Quelle: NDR III vom 07.05.2003, Sendung "Das! ab 4"

<http://www.ndr.de/tv/dasamnachmittag/archiv/20030507.html>)